

24.01.2013 – PM 7/2013

Tarifrunde im Bauhauptgewerbe

## IG BAU fordert 6,6 Prozent mehr Lohn für Bauarbeiter

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert für die rund 750 000 Bauarbeiter, Angestellten und Auszubildenden am Bau 6,6 Prozent mehr Geld. Das hat die Bundestarifkommission der IG BAU für die Tarifrunde 2013 im Bauhauptgewerbe beschlossen.

„Die Bauwirtschaft ist ein wesentlicher Stabilitätsfaktor in Deutschland. Während für die Gesamtwirtschaft ein nur geringes Wachstum von 0,4 Prozent erwartet wird, rechnet die Baubranche mit einem Plus von zwei Prozent. Die Beschäftigten haben zu Recht die Erwartung, dass sie an dieser Entwicklung fair beteiligt werden“, sagte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Außerdem muss die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Bauleute gerecht bewertet werden. Im Schnitt liegt diese bei rund zwei Prozent pro Jahr. Diese Leistung wird oft viel zu wenig geschätzt“, begründete Schäfers die Forderung weiter. „Schließlich kommen enorme Preissteigerungsraten hinzu. Die offizielle Prognose für die Inflation liegt bei zwei Prozent. Einige Ökonomen rechnen aber bereits mit bis zu fünf Prozent. Klar ist, dass Preissteigerungen für Produkte des täglichen Bedarfs wie Benzin und Lebensmittel auch in diesem Jahr deutlich höher ausfallen werden, als die allgemeine Teuerungsrate. Die Beschäftigten brauchen hierfür einen vernünftigen Ausgleich, damit sie von ihrem Lohn auch leben können.“

In der Folge vergleichsweise niedriger Löhne verlieren Berufe am Bau für den Nachwuchs zunehmend an Attraktivität. „Die Arbeitgeber merken inzwischen, dass ihnen die Lohndrückerei selbst schadet. Ihnen fehlen Fachkräfte, weil diese in andere Branchen abwandern. Jetzt geben die Unternehmen kleinlaut zu, dass der Fachkräftemangel der Hauptgrund für steigende Behinderungen der Bautätigkeit ist“, sagte Schäfers. „Ein erstes Signal an die jungen Menschen wäre, ihnen die Übernahme nach der Ausbildung zu garantieren.“

Die IG BAU fordert zudem, dass die Löhne im Osten stufenweise an das Westniveau angepasst werden und für die Mindestlöhne ein deutliches Plus erzielt wird. Darüber hinaus will sich die IG BAU mit den Arbeitgebern auf eine politische Erklärung verständigen, wonach eine Lösung für die Probleme älterer Arbeitnehmer am Bau erarbeitet wird. Die IG BAU schlägt für Bauarbeiter, die nicht im Alter nicht mehr arbeiten können, ein Altersübergangsgeld vor. Neben den Tarifparteien muss sich hieran auch der Staat beteiligen.

(2399 Zeichen)